

# Bericht aus dem Atom Express Nr. 26 des Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie vom Oktober 1981 auf Seite 27

Im Internet unter:

<https://www.laka.org/docu/magazines/atomexpress/atomexpress26.pdf>

---

## **Eine BI soll zerschlagen werden**

**Itzehoe 11.8. (taz)** Vor vier Wochen hat die Staatsanwaltschaft in Schleswig ein Ermittlungsverfahren gegen die Itzehoer Anti-AKW-BI "Weiße Rose" wegen des Verdachts der Bildung einer "kriminellen Vereinigung" eingeleitet (siehe taz vom 19.7.). Auf einer Pressekonferenz erläuterten die sieben betroffenen Personen die politischen und juristischen Hintergründe ihrer politischen Verfolgung. Sie erhoben dabei den Verdacht, daß die verantwortlichen Beamten vorsätzlich und wissentlich bei Vernehmungen von Verdächtigen, denen Brandanschläge auf das Amtsgericht und die Stadtwerke in Glückstadt vorgehalten werden, Amtsmißbrauch verübt haben zum Zwecke der Verfolgung Unschuldiger.

Dabei geht es insbesondere um die langen Vernehmungen von Manfred, der sich am 25.1. selbst der Kripo gestellt hatte und die Anschläge auf seine Kappe nahm. Gegen den Vernehmungsbeamten Söhrensen erheben die Mitglieder der Itzehoer BI den Vorwurf, von ihm formulierte freierfundene Aussagen Manfred "untergeschoben" und ins Vernehmungsprotokoll aufgenommen zu haben. Die Absicht der Kripo war dabei vor allem, die BI Weiße Rose als den eigentlichen Drahtzieher der Aktionen aufzubauen. Die Kripo zu Manfred: "Ihr seid nur die verführten Jugendlichen, während die Drahtzieher und Hintermänner in der Weißen Rose sitzen". Ein wesentlicher Teil der insgesamt 14-stündigen Vernehmung von Manfred bestand offensichtlich darin ihm Aussagen "nahe zu legen", die diese These der Kripo erhärten sollte. Aufgrund des erstellten Vernehmungsprotokolls, deren Wahr-

heitsgehalt Manfred inzwischen bestreitet, und wegen der Veröffentlichung der Bekennerbriefe zu den Anschlägen auf Betonfahrzeuge und ein Förderband einer Zementfabrik bei Itzehoe, leitete die Justiz das Ermittlungsverfahren nach §129 und §129a ein.

Bei den durchgeführten Hausdurchsuchungen im Juni wurden Flugblätter, persönliche Aufzeichnungen und die Adressenkartei der BI mitgenommen. So kann die BI im Augenblick nur schwerlich den Kontakt zu anderen BIs aufrechterhalten. Die Öffentlichkeitsarbeit wird beständig durch die Polizei behindert, wie z.B. durch den Abbau von Büchertischen, weil diese angeblich die vorgeschriebene Länge um 80 cm Die Staatsanwaltschaft verfolgt offensichtlich das Ziel, die Arbeit der BI zu verunmöglichen und Sympathisanten vor einer Solidarisierung mit der "Weißen Rose" abzuschrecken.